

Mit dem Bundespräsidenten in Rumänien



Gerne habe ich Bundespräsident Joachim Gauck vom 20. bis 22. Juni bei seinem Staatsbesuch nach Rumänien begleitet. Denn es geht um die Stärkung der deutsch-rumänischen Beziehungen. Auf dem Programm standen politische Gespräche in der Hauptstadt Bukarest und in Hermannstadt. In Siebenbürgen besuchten wir eine Kirchenburg.

Ein besonderes Anliegen war dem Bundespräsidenten, das Thema europäischer Zusammenhalt anzusprechen – in der Woche des Brexit-Referendums konnte man das nicht genug betonen. In einer beeindruckenden Rede in der Nationalbibliothek Bukarest rief er dazu auf, sich nicht in „Überzeugungsmilieus“ abzuschotten, sondern die Diskussion über Europa auch mit denen zu führen, die anderer Meinung sind. Und er riet: „Wir brauchen Leidenschaft für Vernunft.“ In den Gesprächen mit Vertretern aus Politik und Zivilgesellschaft standen die deutsch-rumänischen Wirtschaftsbeziehungen und der Reformprozess in Rumänien, insbesondere die Bekämpfung der Korruption, im Mittelpunkt.



Rumäniens Staatspräsident Klaus Johannis, der selbst aus Hermannstadt stammt, begleitete uns nicht nur in Bukarest, sondern auch bei den Besuchen in Siebenbürgen. Eine besondere Überraschung war es, in der Delegation des Bundespräsidenten den Chemie-nobelpreisträger Stefan Hell zu treffen, den berühmtesten Schüler des Carl-Bosch-Gymnasiums Ludwigshafen. Eingeladen war auch Peter Maffay, dessen Stiftung für benachteiligte Kinder und Jugendliche in Rumänien aktiv ist. Hell und Maffay waren beide in jungen Jahren aus Rumänien nach Deutschland gekommen (Fotos: Bundesregierung/Guido Bergmann).

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe CDU-Freunde,

die Briten haben entschieden: Sie haben sich für den Austritt aus der Europäischen Union ausgesprochen. Nun gilt es, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, nicht nur mit Blick auf die Austrittsverhandlungen. Auf der Ebene der Mitgliedstaaten und in Brüssel wird darüber zu diskutieren sein, wie die europäische Idee wieder gestärkt werden kann.

Die EU wird derzeit auf eine harte Probe gestellt. Zu nennen sind die Diskussion um ein solidarisches Vorgehen in der Flüchtlingskrise, die Gefahren des islamistischen Terrors und die in vielen Ländern noch immer bedrohliche Finanz- und Wirtschaftslage. Hinzu kommen nicht zuletzt die Fliehkräfte in Europa, die sich nun im Austritt Großbritanniens deutlich wie nie gezeigt haben.

Ohne Zweifel ist die EU ein historisches Einigungswerk. Sie ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Sie ist ein Garant für ein friedliches Miteinander. Doch die Errungenschaften der europäischen Einigung – Frieden und Wohlstand, die Freizügigkeit, die gemeinsame Währung – sind vielen eine Selbstverständlichkeit geworden. Deshalb wird es nicht reichen, auf die historischen Leistungen hinzuweisen. Die EU muss nah bei den Menschen sein und ihre politischen Entscheidungen nachvollziehbar vermitteln. Keinesfalls darf die europäische Idee von nationalen Tendenzen erdrückt werden, wie sie derzeit in vielen Ländern wahrnehmbar sind, auch bei uns in Deutschland.

Handwritten signature

Mania Böhm

Das Ehrenamt: Eine Stütze der Gesellschaft



Ehrenamtliche sind eine unverzichtbare Stütze unserer Gesellschaft. In Deutschland ist das Ehrenamt stark und wir sind stark durch das Ehrenamt. Bürgerinnen und Bürger aus Frankenthal und dem Rhein-Pfalz-Kreis, die sich in Feuerwehren und Sportvereinen engagieren, habe ich in dieser Woche nach Berlin eingeladen. Unter der Kuppel des Reichstags diskutierten wir, wie Nachwuchs für das Ehrenamt zu gewinnen ist und welche Unterstützung Ehrenamtliche von der Politik und Arbeitgebern erwarten. Diese Themen sprach die Gruppe auch beim Besuch im Bundesinnenministerium (BMI) an.

Die Bundesregierung unterstützt durch vielfältige Initiativen und Programme die ehrenamtliche Arbeit in Deutschland. Ein aktuelles Beispiel ist das Programm „Integration durch Sport“ des Deutschen Olympischen Sportbunds, das vom BMI gefördert wird.

Hauptstadtbeschluss vor 25 Jahren – Eine historische Entscheidung

In dieser Woche vor genau 25 Jahren habe ich für den Verbleib der Bundesregierung und des Bundestags in Bonn gestimmt. Ich erinnere mich noch gut an die Reden Wolfgang Schäubles, der für Berlin eintrat, und Norbert Blüms, der für Bonn warb. Die Debatte war eine Sternstunde unserer parlamentarischen Demokratie.



Die Entscheidung für Berlin war knapp. Heute bin ich überzeugt, dass es die richtige Entscheidung war. Denn Berlin steht für die Öffnung Deutschlands Richtung Osteuropa und der internationale Charakter der Hauptstadt steht unserem Parlament gut. Zwar dauern

nun die Fahrten in den Wahlkreis wesentlich länger, dafür freue ich mich jedes Mal nach einer langen Woche in der Großstadt auf die schöne Pfalz (Foto: Deutscher Bundestag/Presse-Service Steponaitis).

Bundestag stärkt den Kulturgüterschutz

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag das neue Kulturgüterschutzgesetz beschlossen. Ich habe dieses Gesetz schon im Vorfeld unterstützt. Es schafft einheitliche Regeln, die den Kulturgüterschutz in Deutschland maßgeblich stärken. Konkret umfasst das neue Gesetz verbesserte Einfuhr- und Ausfuhrbestimmungen, um nationales Kulturgut besser vor Abwanderung ins Ausland zu schützen und um unrechtmäßig verbrachtes nationales Kulturgut zurückzuerhalten.

Außerdem wendet sich das Gesetz gegen den Handel mit illegalen Kulturgütern. Als Staatsministerin für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik weiß ich, dass viele unschätzbare wertvolle Kulturgüter zum Beispiel aus Ländern des Nahen Ostens geraubt werden. Durch den Handel mit illegalen Kulturgütern finanzieren sich Terrororganisationen wie der IS. Dies zu unterbinden, dafür habe ich mich wiederholt auch auf internationaler Ebene eingesetzt.

In meiner Zeit als Vorsitzende des UNESCO-Welterbekomitees wurde die Bonner Erklärung verabschiedet, die diesen illegalen Handel ächtet. Denn er ist ein schweres Vergehen am identitätsstiftenden kulturellen Erbe der betroffenen Länder. Auch in Deutschland werden solche Güter verkauft. Dies wollen wir wirksam verhindern.

Ihr Kontakt zu Maria Böhmer

Wahlkreis:
Bürgerbüro Ludwigshafen
Benckiserstraße 26
67059 Ludwigshafen
Tel.: 0621 / 6299 604
Fax: 0621 / 6299 605
maria.boehmer@wk.bundestag.de

Berlin:
Bundestagsbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 - 77575
Fax: 030 / 227 - 76575
maria.boehmer@bundestag.de

Besuchen Sie mich auf
www.maria-boehmer.de
facebook.com/dr.maria.boehmer